

Landtagswahlen und Bundespolitik im „Superwahljahr“ 2011

Oskar Niedermayer



Oskar Niedermayer

Zusammenfassung

Am Ende des „Superwahljahres“ 2011 mit seinen sieben Landtagswahlen wird sich die landes- und bundespolitische Landschaft in Deutschland verändert haben. Aufgrund theoretischer Überlegungen über die gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene und einer Analyse der Entwicklungen bis zum Jahresanfang 2011 werden hier einige Spekulationen darüber angestellt, wie diese Veränderungen aussehen könnten. In den Blick genommen werden: (1) die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung sowie den sie tragenden Personen und ihre Auswirkungen auf die Landtagswahlchancen von CDU und FDP, (2) die Auswirkungen der Landtagswahlen auf die Zusammensetzung der Landesregierungen und damit auch des Bundesrats sowie die daraus folgenden Auswirkungen auf die Durchsetzbarkeit der Politik der Bundesregierung, (3) der dramatische Absturz der FDP und der Höhenflug der Grünen in der bundespolitischen Stimmung, deren Abfärben auf die Landesebene und die möglichen Folgen für die Bundesparteien, (4) das Aufkommen neuer landespolitischer SPD-Koalitionsoptionen unter Führung der Linken bzw. der Grünen und deren Auswirkungen auf die politische Stimmung im Bund sowie den Umgang der Bundes-SPD mit den beiden Parteien, (5) die Diskussion um eine Lagerbildung im Parteiensystem.

Im Verlauf des „Superwahljahres“ 2011 werden in sieben Bundesländern die Landtage neu gewählt: Nach der Aufkündigung der ersten schwarz-grünen Landeskoalition durch die Grünen findet am 20. Februar in Hamburg eine vorgezogene Bürgerschaftswahl statt, danach folgen turnusmäßige Wahlen am 20. März in Sachsen-Anhalt, am 27. März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, am 22. Mai in Bremen, am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern und schließlich am 18. September in Berlin. Am Ende dieses Wahljahres wird sich die landes- und bundespolitische Landschaft in Deutschland verändert haben. Wie diese Veränderungen genau aussehen werden, lässt sich aus heutiger Sicht – also im Januar 2011 – nicht sagen, weil einerseits bis zu den einzelnen Wahlen noch viele heute nicht absehbare Entwicklungen und Ereignisse eintreten können und andererseits die deutsche Wählerschaft so flexibel geworden ist, dass die jetzige politische Stimmungslage keine einigermaßen genaue Aussagen über die zu erwartenden Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern und deren Rückwirkungen auf die Bundesebene erlaubt. Dennoch lassen sich auf der Grundlage von theoretischen Überlegungen und einer Analyse der bisherigen

deutsche
Wählerschaft flexibel

Entwicklungen einige begründete Spekulationen über die Art und Weise sowie die möglichen Ergebnisse der gegenseitigen Beeinflussung von Landes- und Bundesebene anstellen.

1. Die gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene

Eine gegenseitige Beeinflussung der Landes- und Bundesebene kann prinzipiell in vier Bereichen erfolgen: im Bereich des Wahlverhaltens, der Regierungspolitik sowie der Struktur- und inhaltlichen Charakteristika der Parteiensysteme.

Wahlverhalten

Ein Einfluss der Landtagswahlergebnisse auf das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei der nachfolgenden Bundestagswahl ist vor allem dann möglich, wenn die Landtagswahlen relativ kurz vor der Bundestagswahl stattfinden, so dass sie von den Medien als „Testwahl“ für die spätere Wahl stilisiert werden, und die psychologischen Aufbau- bzw. Demoralisierungswirkungen bei den Siegern und Verlierern bis zur Bundestagswahl andauern. Dies ist für die Landtagswahlen 2011 nicht zu erwarten, da bis zur nächsten Bundestagswahl noch zwei Jahre vergehen.

Testwahl

Anders ist es mit dem Einfluss der Lage im Bund auf das Wahlverhalten bei den anstehenden Landtagswahlen. In der Wahlforschung gibt es seit Ende der Siebziger Jahre eine Forschungsrichtung, die Landtagswahlen als so genannte „Nebenwahlen“ von nachgeordneter Bedeutung betrachtet, die von den „Hauptwahlen“ – also den Bundestagswahlen – in systematischer Weise beeinflusst werden. Dieser Einfluss bezieht sich zum einen auf die Wahlbeteiligung und zum anderen auf die Wahlchancen verschiedener Gruppen von Parteien. Die Hauptthese ist, dass bei Landtagswahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen mit einer geringeren Wahlbeteiligung und mit einem schlechteren Abschneiden der nationalen Regierungsparteien (insbesondere der Kanzlerpartei) zugunsten kleiner, neuer, auch möglicherweise extremistischer Parteien zu rechnen ist, weil bei Landtagswahlen in den Augen der Bürgerinnen und Bürger weniger auf dem Spiel steht. Diese unterschiedliche Relevanzmessung konnte empirisch vielfach bestätigt werden, d.h.: Die Bevölkerung misst den politischen Entscheidungen der Landtage für das eigene Leben systematisch geringere Bedeutung zu als denen des Bundestages.

Wahlbeteiligung

Es kann zudem argumentiert werden, dass die geringere Wahlbeteiligung auch die Wahlchancen der verschiedenen Parteien beeinflusst: Da die Wähler kleinerer Parteien oft ideologisch enger an ihre Partei gebunden und damit besser zu mobilisieren sind, wirkt sich eine niedrigere Wahlbeteiligung eher zu Lasten der großen (Volks-)Parteien aus. Zudem werden beim Wahlverhalten Motive wirksam, die sich nicht an der Landes-, sondern an der Bundesebene orientieren. Empirisch bestätigt ist vor allem der Einfluss der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien auf das Landtagswahlverhalten: Theoretisch plausibel ist zudem ein Einfluss der Bewertung des bundespolitischen Spitzenpersonals. Mit zunehmend kritischer Bewertung der Leistung der Bundesregierung sinken die Wahlchancen der ihr an-

Zufriedenheit mit
der politischen
Arbeit der
Bundesregierung

gehörenden Parteien bei Landtagswahlen (am stärksten, wenn gleiche Regierungszusammensetzungen in Bund und Land eine klare Verantwortungszuweisung ermöglichen), d.h.: Die Landtagswahlen werden zur Abstrafung der nationalen Regierungsparteien benützt, wobei dieses „Protestwahlverhalten“ auch extremistischen Parteien nutzen kann. Wichtig ist dabei die Tatsache, dass die Anhänger der Regierungsparteien ihrer Partei bei Landtagswahlen einen Denktzettel verpassen können, ohne dass dies für die nationale Machtverteilung unmittelbare Konsequenzen hat.

Protestwahl-
verhalten

Die bisherigen Erfahrungen zeigen auch, dass die Bundesregierungen während einer Legislaturperiode in der Regel einem gewissen „Popularitätszyklus“ unterliegen: Sie haben vor der Wahl bei ihren Anhängern hohe Erwartungen geweckt, die sie durch ihre konkrete Politik meist enttäuschen, was sich in schlechteren Bewertungen ausdrückt. Hinzu kommt, dass die Logik des Regierungshandelns gebietet, unpopuläre und schmerzhaft Maßnahmen möglichst bald nach der Wahl zu verabschieden, damit sie bis zur nächsten Wahl von der Bevölkerung wieder vergessen sind. Mit dem Näherrücken der Parlamentswahl treten dann die positiven Aspekte des Regierungshandelns – auch in Form von „Wahlgeschenken“ – und die längerfristigen Parteibindungen der Wähler wieder stärker in den Vordergrund und führen wieder zu besseren Bewertungen.

Popularitätszyklus

Logik des Regie-
rungshandelns

Wahlgeschenke

Der zweite Bereich der gegenseitigen Beeinflussung von Landes- und Bundesebene besteht im Bereich der Regierungspolitik. Relevant sind hier vor allem die durch Landtagswahlen und die nachfolgende Bildung neuer Landesregierungen bewirkten Veränderungen der Stimmenverhältnisse im Bundesrat. Da die Landesregierungen durch dieses Verfassungsorgan an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken, hat seine Zusammensetzung unmittelbare Folgen für die Durchsetzungsfähigkeit der Politik der jeweiligen Bundesregierung.

Regierungspolitik

Bundesrat

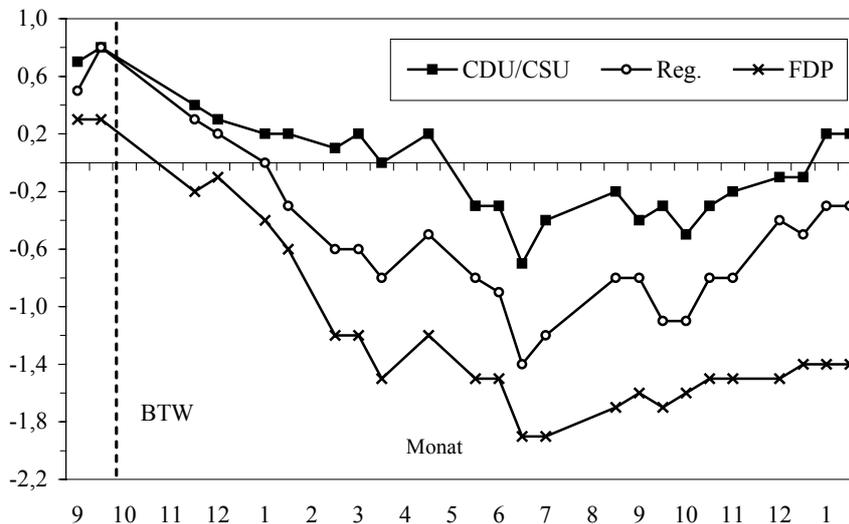
Von den vielfältigen Möglichkeiten der gegenseitigen Beeinflussung der Strukturcharakteristika der Parteiensysteme auf Bundes- und Länderebene soll hier nur das „Abfärben“ bundespolitischer Unterstützungsumschwünge einer Partei auf die Landesebene und die Folgen landespolitischer Wahlergebnisse für die Bundespartei herausgegriffen werden. Bei den inhaltlichen Eigenschaften der Parteiensysteme geht es vor allem um die Segmentierung, d.h. den Grad der gegenseitigen Abschottung der einzelnen Parteien hinsichtlich der Bildung von Koalitionen. So ist ein Parteiensystem z.B. dann nicht segmentiert, wenn alle Parlamentsparteien prinzipiell bereit sind, miteinander Koalitionen einzugehen. Eine gegenseitige Beeinflussung von Bundes- und Landesebene ist vor allem bei der Frage der Ausweitung von Koalitionsoptionen durch neue Varianten bzw. die Einbeziehung neuer Parteien in Koalitionsüberlegungen zu erwarten. In der Bundesrepublik wurde bisher eine neue Regierungskoalition im Bund immer vorher zuerst auf der Landesebene „ausprobiert“, d.h. die Koalitionsbildungen auf der Länderebene dienten aus Bundessicht als Experimentierfeld, um Erfahrungen mit neuen Koalitionspartnern zu sammeln und dadurch die Unwägbarkeiten einer neuen Koalition auf der Bundesebene zu reduzieren.

Segmentierung

2. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung und deren mögliche Folgen für die Ergebnisse der Landtagswahlen und die Regierungspolitik

Kurz vor der Bundestagswahl 2009 schnitt die Große Koalition in der Bewertung durch die Bevölkerung verhalten positiv ab (vgl. Abb. 1). Schon die erste Messung der Zufriedenheit mit der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zwei Monate nach der Wahl zeigt einen Rückgang und in den Folgemonaten stürzte die Regierung bis Mitte 2010 regelrecht ab. Danach konnte sie sich erholen, blieb aber bis Anfang 2011 im negativen Bereich.

Abb. 1: Regierungszufriedenheit seit der Bundestagswahl 2009
(Skala von -5 = überhaupt nicht zufrieden bis +5 = sehr zufrieden)



Quelle: FGW-Politbarometer

„historisch
verspätete“
Koalition

Zur Erklärung des deutlichen Unterstützungsrückgangs lässt sich zunächst anführen, dass die beiden (bzw. drei) vermeintlichen „Traumpartner“ von Anfang an weit weniger inhaltliche Gemeinsamkeiten aufwiesen als gemeinhin angenommen wurde. Man kann sogar die These aufstellen, dass schwarz-gelb eine „historisch verspätete“ Koalition darstellte. Zur Bundestagswahl 2005 hatten Union und FDP ein klares gemeinsames Projekt, nämlich eine an marktfreiheitlichen Prinzipien ausgerichtete Reform. Da die zu starke Betonung marktliberaler Positionen der CDU bei der Wahl und in den Anfangsjahren der Großen Koalition jedoch schadete, nahm sie von der neoliberalen Reformagenda Abstand und entdeckte ihre Tradition als Sozialstaatspartei wieder. Die FDP hingegen gab ihre klare marktliberale Orientierung nicht auf, was ihr bei der Bundestagswahl 2009 zugute kam: Die im Rahmen der Finanzkrise als notwendig erachtete (Teil-)Verstaatlichung von Banken und die Diskussionen um weitere Staatsbeteiligungen interpretierte ein Teil der wirtschaftsliberal orientierten Uni-

onsanhänger als Abkehr vom Markenkern der Union und verlieh ihrem Widerspruch durch die Wahl der FDP Ausdruck. Nach der Wahl stand die CDU angesichts der noch nicht ausgestandenen Wirtschaftskrise den weit gehenden Steuersenkungsforderungen der FDP (aber auch der CSU) skeptisch gegenüber und legte mehr Wert auf Haushaltskonsolidierung. Im Koalitionsvertrag wurde dann der FDP/CSU-Forderung nach Steuersenkungen in Milliardenhöhe entsprochen, aber gleichzeitig ein Finanzierungsvorbehalt im Sinne der CDU aufgenommen. Damit war die Grundlage für einen Dauerstreit der Koalitionspartner gelegt.

Zum größten Problem der Regierung und der Kanzlerin im ersten Regierungshalbjahr wurde, dass man einerseits mit Rücksicht auf die Anfang Mai 2010 anstehende Landtagswahl in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland Nordrhein-Westfalen – wo bei einer Niederlage der amtierenden schwarz-gelben Regierung der Verlust der Bundesratsmehrheit drohte – keine unpopulären bundespolitischen Entscheidungen fällen wollte und daher die Reformvorhaben im Steuer-, sowie im Gesundheits- und Energiebereich hinaus-schob, andererseits aber nicht in der Lage war, die inner- und zwischenparteilichen Streitigkeiten über diese Politikbereiche zu unterbinden bzw. wenigstens nicht öffentlich werden zu lassen. Trotz alledem verblieb die Bewertung der Regierungsarbeit der Union durch die Bürger noch im Positiven. Dies änderte sich erst, als ab Mai 2010 in schneller Folge mehrere für die Union problematische Ereignisse und Entwicklungen eintraten: die dramatische Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, der Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler verbunden mit der Schlappe bei der Neuwahl, wo sich der Unions-/ FDP-Kandidat Christian Wulff trotz einer schwarz-gelben Mehrheit in der Bundesversammlung erst im dritten Wahlgang gegen den Kandidaten von SPD und Grünen, Joachim Gauck, durchsetzen konnte, der im Umfeld des als sozial ungerecht gebrandmarkten Sparpakets zur Beschimpfungssorgie ausartende Dauerstreit zwischen den Koalitionspartnern und schließlich die von Thilo Sarrazin angestoßene Debatte um die Integrationspolitik und der Rückzug der sich als einzige Konservative in der Unionsführung bezeichnenden Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach nach ihren relativierenden Äußerungen zur deutschen Kriegsschuld, was zu heftigen Diskussionen um die Vernachlässigung der konservativen Stammklientel der CDU durch den Modernisierungskurs Merkels führte. Konsequenz all dieser Entwicklungen war, dass die Union Ende September bei der politischen Stimmung auf ein Rekordtief von 30 Prozent fiel.

Danach taten die Führungen von CDU und CSU alles, um die konservativen Wähler wieder an die Union zu binden. Zudem ging man auf Distanz zu den Grünen und die Kanzlerin ließ dem angekündigten ‚Herbst der Entscheidungen‘ Taten folgen: Auf den Weg gebracht wurden der Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee, das Energiekonzept mit einem Programm für erneuerbare Energien und verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke, die Gesundheitsreform und die Reform der Hartz IV-Gesetze. All diese Entscheidungen waren politisch höchst umstritten und sorgten so für eine polarisierende Mobilisierung. Im Spätherbst 2010 begann sich die Neuorientierung in einer Verbesserung der Beurteilung der Regierung und vor allem der Union niederzuschlagen, die Anfang 2011 wieder positive Werte erhielt.

Reformvorhaben

Rücktritt des Bundespräsidenten

Integrationspolitik

Umbau der Bundeswehr
Energiekonzept
Reform der Hartz IV-Gesetze

Der Unterstützungszug durch die Bürger in der Anfangsphase ist keine nur für die momentane Bundesregierung zutreffende Entwicklung, sondern stellt eher den Normalfall des im vorherigen Abschnitt beschriebenen Popularitätszyklusses dar. Einen wesentlichen Unterschied der jetzigen Regierungskoalition zu den Vorgängerregierungen gibt es jedoch: die Bewertung des kleinen Koalitionspartners. Die FDP sackte im Sommer 2010 auf den Minusrekord von -1,9 ab. Schlechter wurde die Arbeit einer Regierungspartei in den mehr als 30 Jahren der Messung von Regierungszufriedenheit noch nie bewertet und die FDP konnte auch vom Aufschwung seit dem Spätherbst nicht wirklich profitieren. Dies hat inhaltliche wie personelle Gründe, die dadurch eng verwoben sind, dass der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle die FDP zu einer ‚Einmannpartei‘ gemacht hat. Westerwelle legte die FDP vor der Bundestagswahl auf eine fast ausschließliche Profilierung als Steuersenkungspartei fest und weckte damit sehr hohe Erwartungen, die nach der Wahl enttäuscht wurden. Statt des versprochenen „mehr Netto vom Brutto“ für die breite Masse der Bevölkerung setzte die FDP nur Verbesserungen für ihre Stammklientel durch. Zum Desaster geriet dabei die – zusammen mit der CSU – der CDU abgerungene Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe, als mehrere im Umfeld der Bundestagswahl erfolgte, großzügige FDP-Spenden der Familie Finck, Haupteigentümer der Möwenpick-Hotelgruppe, bekannt wurden, die der FDP wieder das Image einer Klientelpartei der Besserverdienenden anhefteten. Zudem wurde sie zur ‚Nullthemenpartei‘, als Kanzlerin Merkel nach der NRW-Wahl und unter dem Eindruck der Eurokrise Steuersenkungen eine klare Absage erteilte und die Führung es trotz mehrfacher Ankündigungen nicht schaffte, die Partei inhaltlich neu auszurichten und thematisch zu verbreitern.

Einen wesentlichen Anteil am FDP-Absturz hatte zudem ihr Vorsitzender, der den ‚Amtsbonus‘, den die Rolle des Außenministers bei der Bewertung durch die Bevölkerung mit sich bringt, nicht für sich nutzen konnte. Guido Westerwelle wurde von der Bevölkerung nie sonderlich gut beurteilt. Einen persönlichen Spitzenwert erreichte er kurz nach der Bundestagswahl 2009, stürzte dann aber dramatisch ab und verharrte bisher bei Negativwerten, wie sie in den mehr als 30 Jahren der Messung von Politikerbewertungen noch nie ein Außenminister hinnehmen musste. Ursächlich dafür ist vor allem die Tatsache, dass die Bevölkerung von einem Außenminister erwartet, staatstragend über den Niederungen der innenpolitischen Konflikte zu schweben, während Westerwelle mit diesem Habitus Probleme hat und seine innenpolitischen Ausflüge – vor allem seine Äußerungen in der Hartz IV-Debatte (Stichwort: „spätromische Dekadenz“) ihm deutlich schaden.

Was bedeutet dies nun alles für die Aussichten der die Bundesregierung bildenden Parteien bei den Landtagswahlen des Jahres 2011? Bei aller gebotenen Vorsicht aufgrund nicht vorhersehbarer Entwicklungen und der Flexibilität der Wählerschaft lässt sich zum Jahresanfang 2011 annehmen, dass sich die bundespolitische „Großwetterlage“ für die CDU nicht mehr allzu negativ auswirken wird. Anders sieht es für die FDP aus, die nicht zuletzt aufgrund der schlechten Lage der Partei im Bund in allen Landtagswahlen im Frühjahr 2011 um den (Wieder-)Einzug ins Parlament fürchten muss.

Schafft es die FDP in Hamburg – wo seit dem Bruch der schwarz-grünen Koalition eine ausgeprägte Wechselstimmung herrscht, der SPD-Herausforderer Olaf Scholz klar vor dem von Beust-Nachfolger Christoph Ahlhaus liegt, die SPD über ein erheblich besseres Profil verfügt und in fast allen Politikfeldern deutlich mehr Kompetenz zugeschrieben bekommt als die sich vom Image der liberalen Großstadtpartei unter von Beust verabschiedende CDU und die Grünen (GAL) an Zustimmung verlieren – diesmal wieder nicht, in die Bürgerschaft einzuziehen, so könnte die SPD auf eine Alleinregierung zusteuern; reicht es dafür nicht, will sie eine rot-grüne Koalition anstreben.

Hamburg

In Sachsen-Anhalt regieren CDU und SPD unter dem populären CDU-Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer, der allerdings mit der Wahl aus seinem Amt ausscheiden will. In der politischen Stimmung liegt die CDU vorne, gefolgt von der Linkspartei und der SPD. Eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit ist so gut wie ausgeschlossen, ebenso ein rot-grünes Mehrheitsbündnis, wobei die Grünen deutlich größere Chancen haben, ins Parlament einzuziehen, als die FDP. Daher konzentriert sich alles auf die Frage, ob die CDU/SPD-Koalition durch eine rot-rote Koalition abgelöst wird. Die SPD schließt zwar Rot-Rot nicht prinzipiell aus, will aber auf keinen Fall einem Ministerpräsidenten der Linken ins Amt verhelfen, und vermittelt im Wahlkampf – wie auch ihr Koalitionspartner – bisher den Eindruck, die als gut beschriebene Zusammenarbeit der jetzigen Regierung nach der Wahl fortsetzen zu wollen.

Sachsen-Anhalt

Baden-Württemberg, wo die CDU immer stärkste Partei und die FDP immer im Landtag vertreten war, wird seit 1996 von einer schwarz-gelben Koalition regiert. Bis zum Frühjahr 2010 hatte die amtierende Regierung in den Umfragen die absolute Mehrheit, auch unter dem im Februar 2010 als Nachfolger des als EU-Kommissar nach Brüssel gewechselten Günther Oettinger gewählten CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Im Sommer jedoch rollten zum ersten Mal die Bagger an, um das seit mehr als einem Jahrzehnt geplante und durch alle parlamentarischen und juristischen Hürden gesteuerte Großprojekt „Stuttgart 21“ – der Ersatz des oberirdischen Kopfbahnhofs durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof – zu verwirklichen. Jetzt wuchs der schon 2007 durch ein von der Stadt abgelehntes Bürgerbegehren mit 67.000 Unterschriften dokumentierte Widerstand – auch von Anhängern der Regierungsparteien – gegen dieses Projekt. Der negative Bundeseinfluss und Stuttgart 21, das von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde, führten in den Umfragen zum Verlust der schwarz-gelben Mehrheit und zu einem deutlichen Erstarken der Grünen, die die SPD weit hinter sich ließen. Als dann Ende September die Landesregierung die Bauarbeiten durch einen gewaltsamen Polizeieinsatz durchzusetzen versuchte, schien ihr Schicksal bei der bevorstehenden Landtagswahl besiegelt. Nachdem jedoch unter dem Vorsitz Heiner Geißlers ein mehrwöchiges, für Transparenz sorgendes Schlichtungsverfahren durchgeführt wurde, das mit einem von vielen Bürgern akzeptierten Schlichtungsspruch endete, erfolgte ein Stimmungsumschwung: Seit Jahresende unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung das Großprojekt, seine Bedeutung für die Wahlentscheidung ist deutlich zurückgegangen, und nach den neuesten Umfragen hat die amtierende Regierung durchaus eine gute Wiederwahlchance, wenn die FDP den Einzug ins Parlament schafft. Sollte jedoch auch die Linke in den Landtag einziehen, würde es für

Baden-Württemberg

keine der beiden Koalitionen reichen. Dann stellt sich die Frage, ob SPD und Grüne eine Zusammenarbeit mit der Linken anstreben, was zumindest die SPD nicht explizit ausgeschlossen hat, aber an der Basis schwer durchzusetzen sein wird. Die Alternative ist, jeweils als Juniorpartner in eine Koalition mit der CDU zu gehen, was ebenfalls auf große Probleme stößt, da die SPD an dem Trauma leidet, als Juniorpartner in einer Großen Koalition unterzugehen, und das traditionell eher entspannte Verhältnis zwischen CDU und Grünen unter der Polarisierung wegen Stuttgart 21 und der Atompolitik der Landesregierung schwer gelitten hat.

Rheinland-Pfalz In Rheinland-Pfalz wird die SPD wohl ihre 2006 aufgrund einer besonders schwachen CDU und des Scheiterns der Grünen erstmals errungene absolute Mehrheit verlieren. Zusammen mit den Grünen, deren Wiedereinzug ins Parlament als sicher gilt und die bei formalem Offenhalten der Koalitionsperspektive klar zur SPD neigen, besitzt sie jedoch gegenüber Schwarz-Gelb trotz einer erstarkten CDU einen deutlichen Vorsprung. Auch für Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erscheint eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit nicht realistisch.

Bremen
Mecklenburg-
Vorpommern

Zusammenfassend lässt sich damit feststellen, dass die Landtagswahlen des Jahres 2011 aller Voraussicht nach durchaus Veränderungen der Zusammensetzung der Landesregierungen bringen werden. Allerdings ist es extrem unwahrscheinlich, dass es danach mehr CDU-Alleinregierungen bzw. CDU/FDP-Koalitionen auf Landesebene geben wird. Somit sind keine unmittelbaren Folgen für die Durchsetzungsfähigkeit der Politik der Bundesregierung zu erwarten. Die für die Zusammensetzung des Bundesrats folgenreiche Wahl fand schon 2010 statt: Nach der Ablösung der CDU/FDP-Regierung von Nordrhein-Westfalen durch die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung im Anschluss an die Landtagswahl vom 9. Mai 2010 verloren die schwarz-gelben Landesregierungen im Bundesrat die absolute Mehrheit. Da sich Landesregierungen, deren Koalitionsparteien sich im Bund auf Regierung und Opposition aufteilten, bei parteipolitisch kontroversen Abstimmungen in der Regel enthalten und Enthaltungen wegen der Erfordernis der absoluten Mehrheit wie Nein-Stimmen wirken, konnten die Oppositionsparteien rein rechnerisch ab dann zustimmungspflichtige Gesetzesvorhaben der Bundesregierung blockieren. Es muss betont werden, dass eine „Blockadepolitik“ über den Bundesrat nur organisiert werden kann, wenn dem parteipolitisch geprägten Abstimmungsverhalten keine klaren landesspezifischen Interessen entgegenstehen, denn die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass die Landesregierungen primär nach den Interessen ihres eigenen Bundeslandes entscheiden. Bei stark parteipolitisch aufgeladenen Themen mit klaren Frontlinien zwischen Bundesregierung und Opposition kann jedoch im Bundesrat durchaus eine tragfähige parteipolitische Oppositionsmehrheit geschmiedet werden. Dies war Ende 2010 zum ersten Mal der Fall, als die Hartz IV-Reform im Bundesrat keine Mehrheit erhielt und in den Vermittlungsausschuss musste. Da die Landtagswahlen 2011 nicht zu einer neuen, politisch gleichgerichteten Mehrheit im Bundesrat führen werden, muss die Bundesregierung auch weiterhin bei parteipolitisch kontroversen Beschlüssen mit einer Blockade ihrer Politik und dem Zwang zu Kompromissen mit der Opposition rechnen.

Bundesrat

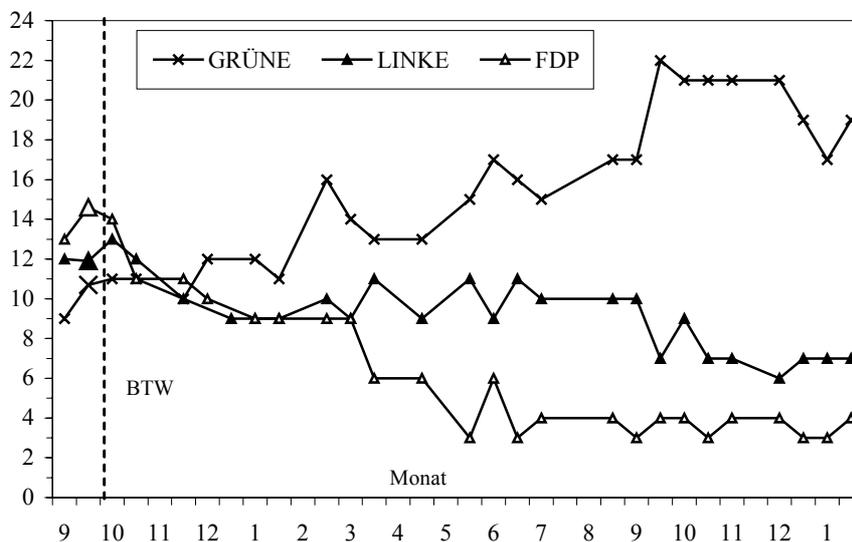
Landesregierungen
entscheiden nach
den Interessen ihres
eigenen
Bundeslandes

3. Die wackelnden Vorsitzendenstühle und die neue dritte Kraft

Die immer negativere Beurteilung der FDP-Regierungsarbeit und der Person ihres Vorsitzenden im ersten Regierungsjahr schlug sich in der politischen Stimmung sehr deutlich nieder. Die FDP rutschte von fast 15 Prozent bei der Bundestagswahl auf 3-4 Prozent im Sommer 2010 ab und hat sich seither noch nicht wieder erholt (vgl. Abbildung 2). War sie bei der Bundestagswahl klar die dritte Kraft im Parteiensystem, so bildet sie jetzt das eindeutige Schlusslicht. Mit zunehmendem Unterstützungsentzug durch die Wähler wurde die innerparteiliche Kritik an Westerwelle immer lauter. Selbst die offene Ablösungsdiskussion zum Jahreswechsel 2010/2011 versandete jedoch wieder, nachdem Westerwelle zum freiwilligen Verzicht auf den Parteivorsitz nicht bereit war und aufgrund inhaltlicher wie persönlicher Differenzen in den Reihen des Führungspersonals keine einheitliche gegnerische Front mit einer klaren personellen Alternative gebildet werden konnte. Es deutet jedoch einiges darauf hin, dass ein Desaster bei der Landtagswahl im liberalen Stammland Baden-Württemberg den Druck auf den Vorsitzenden so weit erhöhen würde, dass er entweder am Wahlabend von selbst die politische Verantwortung übernehmen und zurücktreten müsste oder von seinen Parteifreunden dazu gezwungen werden würde.

FDP

Abb. 2: Politische Stimmung seit der Bundestagswahl 2009 (in Prozent)



Quelle: FGW-Politbarometer.

Auch die Linkspartei befindet sich seit der Bundestagswahl im Abstieg. Der Rückzug Oskar Lafontaines zunächst vom Fraktions- und dann auch vom Parteivorsitz, die Querelen um den Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, die Verweigerungshaltung bei der Bundespräsidentenwahl, die Tatsache, dass den

Linkspartei

Nachfolgern im Parteivorsitz, Klaus Ernst und Gesine Löttsch, die Autorität und Medienwirksamkeit ihres Vorgängers fehlt, die Debatte um den Lebensstil und die finanziellen Ansprüche von Klaus Ernst, die Auseinandersetzungen der verschiedenen Strömungen über die inhaltliche Ausrichtung der Partei, die Schwierigkeiten der Integration unterschiedlicher Teilmilieus innerhalb und zwischen der früheren WASG und PDS und schließlich die von Gesine Löttsch verursachte Kommunismuskussion trugen dazu bei, dass die Partei sich nur mit sich selbst beschäftigte und in den relevanten Debatten nach der Bundestagswahl entweder nicht präsent war oder durch negative Schlagzeilen auffiel. Sollte die Linke bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg zum ersten Mal wieder aus einem Landtag fliegen und in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht in den Landtag einziehen, ist es fraglich, ob die beiden Vorsitzenden sich noch lange im Amt halten können.

Grüne Während die FDP am Boden liegt und die Linke sich im Sinkflug befindet, konnten die bei der Bundestagswahl noch das Schlusslicht bildenden Grünen seit Anfang 2010 einen noch nie dagewesenen Höhenflug verbuchen. Dieser Aufstieg kann durch eine Kombination von lang- und kurzfristigen Faktoren erklärt werden. Zweifellos haben die Grünen in den letzten Jahren personell, organisatorisch, inhaltlich und koalitionsstrategisch die Voraussetzungen für ein besseres künftiges Abschneiden geschaffen: Ihr Spitzenpersonal ist aus dem Schatten des früheren heimlichen Vorsitzenden Joschka Fischer herausgetreten, arbeitet jetzt mit- statt gegeneinander und zeigt mehr Medienpräsenz. Organisatorisch gelang es, die Parteistrukturen stärker zu professionalisieren und die Kampagnenfähigkeit zu verbessern. Inhaltlich wurde der ökologische Markenkern durch das Konzept des Green New Deal neu definiert, in dem Ökologie und Ökonomie zum wechselseitigen Nutzen miteinander verbunden sind. Zudem wurden die inhaltlichen Forderungen deutlich moderater als früher. Koalitionsstrategisch begannen sich die Grünen ihrer Schlüsselstellung im Fünf-Parteien-System bewusst zu werden, was zu einer koalitionsstrategischen Emanzipationsstrategie von der SPD führte. Auch wenn auf der Bundesebene durch die neuesten Entwicklungen eine Koalition mit der Union nur schwer vorstellbar ist, bleiben die Grünen auf der Landesebene bei ihrer Strategie des Offenhaltens klarer Koalitionsaussagen. Betrachtet man die Entwicklung der politischen Stimmung genauer, so wird allerdings deutlich, dass die beiden großen Sprünge im Februar und September 2010 auf einen Kurzfristfaktor zurückzuführen sind: die grüne Themenkonjunktur vor allem durch die Diskussion um und die Entscheidung zur Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke durch die Bundesregierung. Da die Atomfrage zur grünen Kernidentität gehört, entfaltete sie eine starke Mobilisierungswirkung. Zudem waren die Grünen die einzige Partei, die sich in der Integrationsdebatte mit ihren Anhängern im Einklang befand. Es ist daher auch verständlich, dass der „Grünen-Hype“ mit dem Verschwinden dieser Themen aus der politischen Agenda in neuester Zeit abgenommen hat. Dies lässt sich auch bei den Umfragen in den Bundesländern beobachten, wo die Grünen zunächst deutlich vom bundespolitischen Rückenwind profitierten, in neuester Zeit jedoch überall an Unterstützung verlieren. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass die Rolle der ‚dritten Kraft‘ im Parteiensystem durch die

Entwicklungen nach der Bundestagswahl von der FDP auf die Grünen übergegangen ist.

4. Veränderungen der Koalitionslandschaft?

Wechselwirkungen zwischen Bundes- und Landesebene zeigen sich nicht nur bezüglich der Struktur, sondern auch bezüglich der inhaltlichen Charakteristika der Parteiensysteme, wobei es hier vor allem um die Ausweitung von Koalitionsoptionen geht. Hier gerät die SPD in den Blick, die nicht nur bei der Bundestagswahl 2009 das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis ihrer gesamten Nachkriegsgeschichte einfuhr, sondern auch mit einem langfristigen elektoralen und parlamentarischen Negativtrend auf Länderebene zu kämpfen hat. Der schleichende Niedergang der SPD auf der Landesebene hat insofern auch bundespolitische Relevanz, als er das Selbstverständnis der Partei als führende Kraft unter den drei Oppositionsparteien berührt und die Frage nach zukünftigen Koalitionen mit der SPD als Juniorpartner der Grünen oder der Linken aufwirft. SPD

Schon im März 2011 könnte sich in Baden-Württemberg, das traditionell für die SPD ein schwieriges Pflaster darstellt, die Frage nach einer Koalition unter Führung der Grünen stellen. Hier erfolgte schon im Oktober 2010 der Tabubruch, als der Generalsekretär der Landes-SPD die Bereitschaft verkündete, notfalls auch als Juniorpartner in eine Koalition mit den Grünen zu gehen. In Berlin jedoch, wo die Grünen mit der SPD um die Spitzenposition bei der Abgeordnetenhauswahl im September kämpfen, ist die Lage anders. Die stolze Hauptstadt-SPD kann sich nicht vorstellen, in einer Koalition mit derjenigen Partei die zweite Geige zu spielen, der sie bei den beiden zurückliegenden Abgeordnetenhauswahlen zugunsten der Linkspartei die kalte Schulter gezeigt hat. Schon eine grün-rote Koalition allein in Baden-Württemberg würde jedoch die bundespolitische Stimmung durchaus beeinflussen und innerhalb der Bundes-SPD diejenigen in zunehmende Schwierigkeiten bringen, die die Grünen immer noch paternalistisch-gönnnerhaft als ‚verlorenen Sohn‘ ansehen und daher Probleme haben, auf Augenhöhe mit ihnen zu kommunizieren. Noch früher stellt sich der SPD wahrscheinlich die Frage, ob sie dazu bereit ist, als Juniorpartner in eine Koalition mit der Linkspartei zu gehen. In Sachsen-Anhalt ist die Linke in den Umfragen deutlich stärker geworden und liegt jetzt weit vor der SPD, so dass sich bei der Landtagswahl 2011 noch deutlicher als 2006 die Frage nach einer rot-roten Regierungskoalition unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei stellen könnte. Dies wäre eine Koalitionsoption mit bundespolitischer Wirkung: Zwar sind die (westdeutschen) Wähler an rot-rote Koalitionen in ostdeutschen Bundesländern gewöhnt, jedoch immer nur unter Führung der SPD, ein Ministerpräsident der Linkspartei wäre eine qualitative Veränderung mit ungewissen Folgen für das Wahlverhalten. Allerdings haben führende Sozialdemokraten aus Sachsen-Anhalt, dem Beispiel ihrer Genossen aus Thüringen 2009 folgend, eine solche Möglichkeit bisher definitiv ausgeschlossen (auch wenn es in der Partei durchaus andere Meinungen gibt).

5. Fazit

Die Analyse hat gezeigt, dass sich Bundes- und Landesebene in vielfältiger Weise beeinflussen und dass diese Einflüsse im Superwahljahr 2011 in einigen Bereichen durchaus Folgen für das zukünftige Wahlverhalten der Bevölkerung und die Charakteristika der Parteiensysteme auf den beiden Ebenen haben können. Ob sich die hier angestellten Spekulationen bewahrheiten, wird der Verlauf des Jahres zeigen. Auf eine weitere Spekulation in der öffentlichen Diskussion des Jahres 2010 soll hier abschließend noch eingegangen werden: die These von der ‚Lagerbildung‘ im deutschen Parteiensystem. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus spricht vieles dafür, diese These zu verneinen.

Lagerbildung

Ein Lager ist mehr als eine Zweckkoalition unterschiedlicher Parteien. Es ist ein kulturelles Gebilde, das in den Mentalitäten und den damit verknüpften gefühlsmäßigen Zu- bzw. Abneigungen der Akteure verwurzelt ist und deren Verhalten prägt. Es mag durchaus sein, dass unter den Anhängern der verschiedenen Parteien solche Lagermentalitäten existieren, auch wenn der sehr hohen Anteil von ‚lagerübergreifenden‘ Parteiwechslern bei aufeinander folgenden Bundestagswahlen eher dagegen spricht. Für das Parteiensystem relevant wird eine Lagerbildung aber erst, wenn dies auch für die Parteiführungen gilt und ihr Verhalten prägt. Es ist unstrittig, dass sich die CDU-Führung in neuerer Zeit wieder stärker von den Grünen abgegrenzt und die schwarz-gelbe Koalitionsoption betont hat. Dies aber im Sinne einer Lagermentalität als tiefe Zuneigung zur FDP-Führung zu interpretieren, fällt angesichts der Entwicklungen des letzten Jahres extrem schwer. Das gleiche gilt für das Verhältnis von SPD und Grünen. Es ist richtig, dass die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl und die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen bundespolitisch das Signal aussendeten: Rot-Grün ist wieder da. Zu betonen ist allerdings, dass die Führungskräfte beider Parteien die rot-grüne Zusammenarbeit nicht als ‚Projekt‘ ideologisch überhöhen, sondern als pragmatisches Zweckbündnis ansehen, das zudem auch durch eine veränderte Rolle der Grünen geprägt ist, die eine einseitige Festlegung auf rot-grüne Bündnisse vermeiden. Verdeutlicht man sich zudem, dass das Verhältnis zwischen SPD/Grünen und Linken nach den gescheiterten Gesprächen in Nordrhein-Westfalen, der Verweigerungshaltung der Linken bei der Bundespräsidentenwahl und der durch die Linken-Vorsitzende Gesine Löttsch entfachten Kommunismusdebatte auf einem neuen Tiefpunkt angelangt ist, so erübrigt es sich, von einem ‚linken Lager‘ zu sprechen.